



DORIS BURES  
Bundesministerin  
für Verkehr, Innovation und Technologie

XXIV. GP.-NR

12563/AB

12. Dez. 2012

zu 12787 /J

An die  
Präsidentin des Nationalrats  
Mag.<sup>a</sup> Barbara PRAMMER  
Parlament  
1017 Wien

GZ. BMVIT-10.000/0040-I/PR3/2012  
DVR:0000175

Wien, am 29. November 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Dipl.-Ing. Deimek und weitere Abgeordnete haben am 12. Oktober 2012 unter der **Nr. 12787/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend keine ÖBB-Ticketpreiserhöhung 2008 aufgrund Verbot Faymanns gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Eingangs möchte ich anmerken, dass die Abgeltung der Verschiebung der mit 1.1.2009 geplanten Tarifierhöhung auf den 1.7.2009 auf Basis des damals geltenden Vertrags über die Bestellung und Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Schienenpersonenregional- und -nahverkehr basiert. Dieser Vertrag sah im Wesentlichen eine Tarifbestellung des bmvit bei der ÖBB-PV AG vor.

Seit 1.4.2010 werden gemeinwirtschaftliche Leistungen seitens des bmvit auf Basis des Verkehrsdienstevertrags zwischen SCHIGmbH und ÖBB-PV AG sichergestellt. Mit diesem Vertrag werden in Entsprechung der unionsrechtlichen Vorgaben (PSO) konkrete Verkehrsdienste („Zugsfahrten“) bestellt. Dieser Umstand muss bei der Beantwortung der Fragen berücksichtigt werden.

Weiters darf ich anmerken, dass über die Verschiebung der Tarifierhöhung, sowie über deren Bestellung und Abgeltung im Gemeinwirtschaftlichen Leistungsbericht 2009 informiert wurde. Der



Gemeinwirtschaftliche Leistungsbericht 2009 wurde gem. § 49 Bundesbahngesetz am 21.12. 2010 dem Nationalrat vorgelegt (III-197 d.B.), am 28.6.2011 im Verkehrsausschuss behandelt und von allen Fraktionen einstimmig angenommen.

Zu den Fragen 1 bis 9:

- *Sind Sie als Verkehrsministerin in die Entscheidung bzgl. Ticketpreiserhöhungen bei den ÖBB eingebunden?*
- *Wer legt die Ticketpreise sowie deren Erhöhung bei den ÖBB fest?*
- *Ist es richtig, dass die ÖBB 2008 entgegen ihren ursprünglichen Plänen ihre Ticketpreise nicht erhöht hat?*
- *Wenn ja, was war der Grund dafür?*
- *Sind die Aussagen von Ex-ÖBB-Vorstand Dr. Stefan Wehinger im Falter vom 26.9.2012 richtig, dass 2008 15 Millionen Steuergeld an die ÖBB (zusätzlich zu den sonstigen jährlich üblichen Zahlungen des Bundes an die ÖBB) gezahlt worden sind?*
- *Wenn ja, weshalb sind diese 15 Millionen Euro an die ÖBB geflossen?*
- *Wer bzw. welches Ministerium hat die 15 Millionen Euro gezahlt?*
- *Von welchem Budgetansatz wurden diese 15 Millionen Euro gezahlt?*
- *Wie häufig hat das BMVIT bzw. ein anderes Ministerium durch Direktzahlungen an die ÖBB in den letzten 10 Jahren eine Ticketpreiserhöhung sozusagen verhindert und wie hoch waren die entsprechenden Zahlungen?*

Die obenstehenden Fragen beantworten sich aus dem Bericht über gemeinwirtschaftliche Leistungen aus dem Jahr 2009.

Zu Frage 10:

- *Ist die Zahlung von 15 Millionen Euro an die ÖBB zur Nichterhöhung der Ticketpreise im Jahr 2008 als SPÖ-Wahlbeitrag und -werbung auf Kosten aller Steuerzahler zu sehen?*

Nein.

Doris Dreeel